

Festlegung der zukünftigen Prioritäten des EMB und Aktionsvorschläge (kurzer Abriss)

**Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für das verarbeitende Gewerbe in der EU - Eine Industriepolitik für Wachstum und Beschäftigung: ein weiterer Schritt bei der langsamen, aber sicheren Wiederentdeckung der Industriepolitik in Europa.
Vierte Version**

Zusammenfassender Bericht

Mit der Veröffentlichung der vierten Mitteilung über die Industriepolitik innerhalb eines Zeitraums von vier Jahren hat die Kommission ihr neuerliches Engagement für die Stärkung der industriellen Basis Europas und ihre Bereitschaft gezeigt, Lösungen für den tiefgreifenden Strukturwandel, dem sich die Industrie gegenübersteht, zu finden. Der EMB freut sich, dass die Debatte über die Industriepolitik nun, nach so vielen Jahren des Schweigens, neu eröffnet wurde und die Rolle der Industrie als treibende Kraft für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt wieder erkannt wurde. Natürlich will der EMB einen Beitrag zur Debatte über das Aufleben einer Industriepolitik leisten, die imstande ist, innerhalb der Grenzen Europas eine Industrie von Weltklasse aufrecht zu erhalten. Nach Ansicht des EMB wird eine Industriepolitik, die in der Lage ist, den radikalen Wandel, den die Industrie derzeit erlebt, zu bewältigen und das Potenzial der europäischen Industrie in einer globalisierten Welt zu stärken, in großem Maße zum weiteren Prozess der europäischen Integration und zum Erfolg der Lissabon-Strategie beitragen.

Bezüglich der letzten im Oktober 2005 herausgegebenen Mitteilung mit dem Titel „Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für das verarbeitende Gewerbe in der EU: eine Industriepolitik für Wachstum und Beschäftigung“ möchte der EMB folgende Sorgen und Vorschläge vorbringen:

- 1. Die Kommission hat in den verschiedenen Mitteilungen durchwegs einen einheitlichen und integrierten Ansatz der Industriepolitik entwickelt. Dem EMB zufolge bedarf dies eines geeigneten institutionellen Rahmens, beruhend auf:*
 - a. der Schaffung einer Europäischen Beobachtungsstelle (oder eines hochrangigen Gremiums) für die Entwicklung neuer Industriestrategien und –visionen,*
 - b. einer neuen Balance zwischen horizontaler und vertikaler Politik,*
 - c. einer besseren Koordinierung zwischen den verschiedenen politischen Ebenen (europäisch, national, regional),*
 - d. auf europäischer Ebene einer besseren Koordinierung aller Strategien mit Auswirkungen auf die Industrie: Nachhaltigkeit, Regionalpolitik, Sozialpolitik, Bildung, Handel, Wettbewerb, makroökonomische Politik ...*
 - e. der Einbeziehung der Betroffenen auf allen Entscheidungsebenen.*

- 2. Der EMB ist vor allem sehr erfreut über eine wichtige Neuheit in der letzten Mitteilung, nämlich die Rückbesinnung auf eine (neu gestaltete) sektorale*

Industriepolitik. Der EMB ist davon überzeugt, dass die verschiedenen industriepolitischen Instrumente aufgrund des spezifischen Kontexts und der speziellen Merkmale der einzelnen Sektoren maßgeschneidert eingesetzt werden müssen. Damit dieser sektorenspezifische Ansatz beibehalten werden kann, fordert der EMB

- *die Schaffung geeigneter Gremien für den sektoralen Sozialdialog. Diese Gremien müssen zu einer maßgeschneiderten Koordinierung aller industriepolitischen Werkzeuge auf sektoraler Ebene beitragen.*
 - *dass die verschiedenen Industriezweige systematisch auf ihre Stärken, Schwächen, Möglichkeiten und Bedrohungen hin überprüft werden,*
 - *die Schaffung eines „Sektorenbarometers“, das eine Reihe ausgewählter Schlüsselindikatoren versammelt, um die Leistung der wichtigsten europäischen Industriesektoren in einem globalem Kontext zu messen.*
3. *Nach Meinung des EMB muss die Industriepolitik eine wichtige soziale Dimension enthalten, um besser mit den sozialen Auswirkungen des industriellen Wandels umgehen zu können. Da Industriepolitik hauptsächlich proaktiv betrieben wird (Antizipierung des Wandels, um schmerzhaftes Umstrukturierungen zu vermeiden), sollte sie durch reaktive Strategien mit sozial annehmbarer Bewältigung des Wandels ergänzt werden.*
 4. *Da die Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistung immer stärker verschwimmen und die Bedeutung der produktbezogenen Dienstleistungen ständig steigt, schlägt der EMB vor, den Dienstleistungssektor in die Industriepolitik zu integrieren, und zwar sowohl als Instrument zur Modernisierung der Industrie (Förderung von „service-extended products“) und zur Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit (z. B. durch Schaffung eines Binnenmarktes für Energie und Finanzdienstleistungen).*
 5. *Für den EMB ist die Unterteilung der Industrie in Low-, Medium- und High-tech als Entscheidungsgrundlage sehr riskant, weil dabei das Innovationspotenzial vieler Low- und Medium-tech-Firmen unterschätzt wird. Viele Unternehmen in so genannten traditionellen Industrien sind imstande, auf globaler Ebene zu konkurrieren, weil sie sich selbst ständig neu erfinden. Deshalb bedauert der EMB die Tatsache, dass diese Art der Klassifizierung vor allem auf F&E-Indikatoren beruht und nicht auf einem breiteren Spektrum von Innovationsparametern.*
 6. *Der EMB beharrt weiterhin auf einer europäischen Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung sowohl als Mittel, um Steuerdumping zu vermeiden, als auch zur Schaffung eines europäischen Systems von steuerlichen Anreizen, das Innovation, Wertschöpfung und Beschäftigung in der Industrie ankurbeln könnte.*
 7. *Obwohl Interventionismus der Vergangenheit angehört, möchte der EMB die Diskussion über moderne Art und Weisen direkter öffentlicher Intervention bei der Zuteilung von Kapital wieder anfachen:*
 - *Unterstützung für Risikokapital*
 - *Unterstützung von Projekten mit langfristiger Amortisierung*
 - *öffentlich-private Partnerschaften*
 - *öffentliche Technologieausschreibungen*
 - *öffentlich-private Innovationsnetzwerke.*
 8. *Der EMB ist besonders besorgt über den relativ geringen Anteil des IKT-Sektors an der EU-Produktion und den hohen Handelsdefizit in diesem Sektor. Der europäische IKT-Sektor macht derzeit einen massiven Strukturwandel durch, und die Beschäftigung ist stark rückläufig. Darüber hinaus ist dieser Sektor von strategischer Bedeutung für die übrige Industrie, weil ein Aufschwung im IKT-Bereich einen entscheidenden Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit insgesamt darstellt, da er zur Verbesserung der Kapitalausstattung und zur Steigerung der Produktivität beiträgt. Nach Meinung des EMB, muss daher*
 - *die Entwicklung der neuen digitalen Dienstleistungen beschleunigt werden,*
 - *die Aufnahme der IKT in traditionellen Industrien gefördert werden,*

- der Durchbruch neuer Technologien (z. B. Nanotechnologien) unterstützt werden,
 - die digitale Kluft verringert werden.
9. Da Europa nicht über die Kosten allein konkurrieren kann, muss sich die horizontale Industriepolitik auf preisunabhängige Faktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen, konzentrieren: F&E sowie Innovation (siehe das Positionspapier des EMB), die Fähigkeit, komplizierte Fertigungsprozesse abzuwickeln, Qualität, Design, Qualifikationen, maßgeschneiderte Massenprodukte, personalisierte Kundenbeziehungen, komplexe Verwaltung der Versorgungskette, Entwicklung der industriellen Infrastruktur (Science Parks, Inkubationszentren, Projekte zur Wiedernutzung von Gewerbebrachen, Entwicklung neuer Logistikkonzepte).
 10. Um wirksam zu sein, muss die Industriepolitik Europas durch eine wachstumsorientierte makroökonomische Politik unterstützt werden, die den Wirtschaftskreislauf stabilisiert und das Wirtschaftswachstum durch die Verbesserung der Gesamtnachfrage fördert. Um Arbeitsplätze in der Industrie zu sichern, muss nämlich mindestens eine Zuwachsrate von insgesamt 2,5% erreicht werden.